

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 08.12.2011
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Dr. Kai Zwicker

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken
Ludwig Artmeyer	Bocholt
Eckart Ballenthin	Stadtlohn
Ralf Bertram	Bocholt
Werner Bleker	Borken
Reinhard Böcker	Ahaus
Barbara Büscher	Stadtlohn
Karlheinz Busen	Gronau
Heidi Buskase	Gronau
Angelika Dannenbaum	Ahaus
Günther Dirks	Borken
Dietmar Eisele	Ahaus
Heinz-Josef Elpers	Ahaus
Frank Engbers	Südlohn
Hans-Georg Fischer	Ahaus
Sven Gabbe	Gronau
Magdalene Garvert	Rhede
Heinz Gausling	Legden
Rudolf Geukes	Isselburg
Ulrich Gühnen	Isselburg
Markus Jasper	Heek
Dirk Kappenhagen	Borken
Günter Kendzierski	Gronau
Johannes Kisfeld	Stadtlohn
Wolfgang Klein	Ahaus
Anne König	Borken
Markus Krafczyk	Bocholt
Bernhard Krasenbrink	Bocholt
Berthold Langehaneberg	Legden
Paul Lensing	Borken
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Heinrich Lübbering	Vreden
Gerhard Ludwig	Borken
Johannes Maus	Velen
Wolfgang Kurt Mazur	Gronau
Klaus Meyermann	Bocholt

Helmut Möllenkotte	Schöppingen
Heiko Nordholt	Gronau
Josef Osterhues	Ahaus
Hans Theo Peschkes	Bocholt
Stephanie Pohl	Gescher
Uta Röhrmann	Bocholt
Maja Saatkamp	Borken
Theo Sanders	Bocholt
Bernd Schlipfing	Vreden
Bernd Schöning	Stadtlohn
Ursula Schulte	Vreden
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Jens Spahn	Ahaus
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Jörg von Borczyskowski	Gronau
Christel Wegmann	Rhede
Friedhelm Weikamp	Rhede
Gertrud Welper	Vreden

Gäste:

Dr. Heiner Kleinschneider	WFG
---------------------------	-----

Es fehlen entschuldigt:

Arno Berning	Raesfeld
Volker Jürgen Himmel	Borken
Markus Schulte	Gronau
Silke Sommers	Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Dr. Elisabeth Schwenzow
Karlheinz Gördes
Kirsten Tenspolde
Anne-Katrin Schlüter
Matthias Krügel
Kerstin Ritzenhöfer
Christian van der Linde
Ramona Wameling

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Zwicker eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt er allen Helferinnen und Helfern bei dem schweren Unfall auf der A31 am 18.11.2011. Es habe sich gezeigt, dass sich die Menschen in der Region auf Feuerwehr, Polizei, Hilfs- und Rettungsdienste, Behörden und Institutionen verlassen können. Besonderen Dank richtet er an diejenigen, die sich ehrenamtlich in Feuerwehr, Hilfs- und Rettungsdiensten engagieren.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Desweiteren stellt er Einvernehmen fest, die Tagesordnung der Kreistagssitzung wegen der Unaufschiebbarkeit der Entscheidung gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag um folgende Tagesordnungspunkte zu erweitern:

- 5.3 Umbesetzung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2011 (Vorlage 0321/2011)
- 16 Energieautarkie für den Kreis Borken
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2011 (Vorlage 0319/2011)
- 17 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Verkehrswegebewirtschaftung
Antrag der Verwaltung (Vorlage 0322/2011)

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfrage des Herrn Konert aus Stadtlohn sowie die Antwort der Verwaltung ist der Niederschrift beigefügt (**Anlage 1**).

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 13.10.2011

Beschluss: einstimmig

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 13.10.2011 wird genehmigt.

Punkt 3: Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2012 Vorlage: 0291/2011

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Kersting

Zu den Haushaltsreden von Landrat Dr. Zwicker und Kreiskämmerer Kersting wird auf die **Anlagen 2 und 3** verwiesen.

Beschluss: einstimmig

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2012 mit seinen Anlagen wird an die Fachausschüsse und zur abschließenden Vorberatung an den Kreisausschuss überwiesen.

Punkt 4: Bildung des Kreiswahlausschusses und Wahl der Beisitzer/innen
Vorlage: 0313/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

1. Für den Kreiswahlausschuss werden gemäß § 2 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz 10 Beisitzer gewählt.
2. Als Beisitzer/innen in den Kreiswahlausschuss werden gewählt:

Ordentliche Beisitzer/in	Persönliche/r Stellvertreter/in
1. Markus Jasper	1. Josef Osterhues
2. Stephanie Pohl	2. Frank Engbers
3. Eckart Ballenthin	3. Christel Wegmann
4. Johannes Maus	4. Volker Himmel
5. Silke Sommers	5. Theo Sanders
6. Günther Dirks	6. Bernd Schöning
7. Barbara Seidensticker-Beining	7. Uta Röhrmann
8. Friedhelm Weikamp	8. Klaus Meyermann
9. Jens Steiner	9. Gertrud Welper
10. Werner Bleker	10. Jörg von Borczyskowski

Punkt 5: Gremienbesetzungen

Punkt 5.1: Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 0309/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

1. **Rechnungsprüfungsausschuss**
Statt des bisherigen stellv. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte
2. **Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**
Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte
3. **Polizeibeirat**
Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte
4. **Arbeitskreis für die Gleichstellung von Frau und Mann**
Statt des bisherigen ord. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte
5. **Sparkasse Westmünsterland Zweckverbandsversammlung**
Statt des bisherigen stellv. Mitgliedes Ulrich Holzer
Neu KTM Helmut Möllenkotte

Punkt 5.2: Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 0317/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Als Nachfolgerin von Monika Dopp wird Sabine Tepasse als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied (persönliche Stellvertretung für das Ausschussmitglied Martin Huesmann) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Punkt 5.3: Umbesetzung des Ausschusses für Arbeit , Soziales und Gesundheit
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2011
Vorlage: 0321/2011

Berichtersteller/in: Kreistagsabgeordnete Schulte, U.,

Beschluss: einstimmig

Im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit folgt der sachkundige Bürger Otger Harks als ordentliches Mitglied dem bisherigen ordentlichen Mitglied Michael Hertz.

Punkt 6: Sachstand Regionale 2016
Vorlage: 0316/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Beschluss: einstimmig

Der Sachstand zur Regionale 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Zuschusserhöhung Münsterland e.V.
Vorlage: 0274/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Zwicker

Kreisausschussmitglied Schlipsing fasst die Erkenntnisse, die sich aus den Vorträgen von Herrn Ehling vom Münsterland e.V. in den letzten Sitzungen der CDU-Fraktion sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen ergeben haben, zusammen. Alle seien über den Umfang und die Vielfalt der Arbeit überrascht gewesen. Der Verein könne eine gute Leistungsbilanz im Hinblick auf die Akquirierung von Fördermitteln vorweisen. Zu überprüfen sei jedoch, ob es mit Blick auf andere Institutionen Doppelstrukturen gebe und ob der Verein hinsichtlich der Aufgaben nicht zu breit aufgestellt sei.

In Abänderung des Beschlussvorschlages spreche sich die CDU daher zunächst nur für eine Zuschusserhöhung in 2012 von 10 Cent aus. Gleichzeitig bitte sie die Verwaltung, den Münsterland e.V., hinsichtlich eventueller Doppelstrukturen zu überprüfen und Ende 2012 diesbezüglich zu berichten. Auf dieser Basis solle dann über die weitere Zuschusserhöhung in 2013 entschieden werden. Darüber hinaus solle ein Vertreter des Münsterland e.V. im Fachausschuss in regelmäßigen Abständen über die Arbeit des Vereins berichten.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski bittet, zunächst die Strukturen des Münsterland e.V. zu überprüfen, bevor über die Beitragserhöhung entschieden werde. Ohne Zuschusserhöhung könne der Münsterland e.V. vielleicht nicht die volle Bandbreite der bisherigen Projekte abdecken, aber der Verein ginge deshalb nicht in die Insolvenz. Er bittet um getrennte Abstimmung, da die UWG-Fraktion die Überprüfung des Vereins auf Doppelstrukturen befürworte, die Zuschusserhöhung aber ablehne.

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., stellt klar, dass sich die SPD-Fraktion für den Münsterland e.V. und den Zuschuss in der bisherigen Höhe ausspreche, allerdings gegen

eine Zuschusserhöhung. Sie hätte eine zeitnähere Information über die finanziellen Defizite im Verein gewünscht und bittet um Nachreichung des Wirtschaftsplans des Vereins. Dieser habe ihr bisher nicht vorgelegen. Die SPD unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich der Überprüfung auf mögliche Doppelstrukturen des Vereins. Sobald die Ergebnisse der Überprüfung vorliegen, könne über eine Zuschusserhöhung entschieden werden.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp betont, die Arbeit des Münsterland e.V. verdiene Anerkennung und verdiene, fortgesetzt zu werden. Verbesserungsbedarf sehe sie bei der Gewichtung der vier Tätigkeitsfelder des Münsterland e.V. So sei das Feld Kultur nur sehr schwach im Vergleich zum Feld Tourismus vertreten. Ihre Fraktion sehe die Notwendigkeit der Zuschusserhöhung und weiteren Förderung, spreche sich aber ebenfalls für eine Überprüfung der Strukturen des Vereins aus.

Die FDP-Fraktion stimme dem Vorschlag der CDU zu, so Kreistagsabgeordneter Schöning. Ergänzend regt er an, Herrn Ehling ein Mal jährlich in den Fachausschuss einzuladen, um dort über die aktuellen Aufgabenstellungen zu informieren.

Landrat Dr. Zwicker hebt hervor, wie wichtig die Transparenz der Arbeit des Münsterland e.V. sei, die aktuelle Diskussion habe bereits wesentlich dazu beigetragen. Anschließend lässt er über den geänderten Beschlussvorschlag getrennt abstimmen.

Zuschusserhöhung für 2012 um 10 Cent:

Beschluss: 36 Ja-Stimmen
18 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Der Erhöhung des Zuschusses an den Münsterland e.V. in 2012 um 10 Cent pro Einwohner/in wird zugestimmt. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind einzuplanen.

Überprüfung der Tätigkeitsfelder der Münsterland e.V.:

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, die Tätigkeitsfelder sowie die Organisationsstruktur des Münsterland e.V. zu überprüfen. Über das Ergebnis wird berichtet.

Punkt 8: "Lernen vor Ort" - 2. Antragsphase Vorlage: 0307/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag befürwortet die Erarbeitung einer Bewerbung zur 2. Förderphase „Lernen vor Ort“ durch das Bildungsbüro.

Punkt 9: Umsetzung eines neuen Übergangssystems Schule/Beruf in Referenzkommunen Vorlage: 0310/2011 und Vorlage: 0310/2011/1

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisdirektor Dr. Hörster verweist auf die ergänzende Vorlage 0310/2011/1, dem die neu vorliegende Absichtserklärung über die Umsetzung des Landesvorhabens „Neues Übergangssystem Schule-Beruf“ zur kommunalen Koordinierung beigefügt ist. Er sehe in der Beteiligung als Referenzkommune am neuen Übergangssystem Schule-Beruf eine Chance für die Region, gestalterisch tätig zu werden und passgenaue Strukturen zu bilden.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, eine Vereinbarung zum kreisweiten systematischen Übergang von der Schule in den Beruf mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW abzuschließen. Damit übernimmt die Kreisverwaltung die Aufgabe der kommunalen Koordinierung des Übergangssystems Schule-Beruf als eine von sieben Referenzkommunen in NRW.

Punkt 10: Einführung eines Sozialtickets
Vorlage: 0273/2011/1

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Landrat Dr. Zwicker informiert über einen Bürgerantrag zum Thema Sozialticket, den Die Linken – Stadtverband Ahaus – bei der Stadt Ahaus eingereicht hat. Danach solle die Stadt Ahaus per Resolution den Kreis Borken auffordern, die Einführung eines Sozialtickets zu beschließen.

Für Kreistagsabgeordneten Schlipsing ist die Einführung eines Sozialtickets problematisch, weil trotz intensiver Berechnungen durch die Verwaltung wichtige Variablen hinsichtlich möglicher entstehender Kosten nicht kalkuliert werden könnten, zum Beispiel die Zahl der berechtigten Empfänger, die das Angebot in Anspruch nehmen. Zusätzlich entstehende Personalkosten für das Ausstellen von Berechtigungsscheinen seien noch nicht einmal mit berücksichtigt worden. Mögliche Verluste müssten durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden umlagefinanziert werden.

Kreistagsabgeordneter Lensing fügt hinzu, auch in der Verbandsversammlung des ZVM sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass unter den Rahmenbedingungen, die das Land vorgebe, die Einführung eines Sozialtickets für Flächenkreise nicht stemmbar sei. Ein Sozialticket könne nicht auf der Basis von Schulden eingeführt werden.

Auch Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski betont, die UWG-Fraktion lehne die Einführung wegen der fehlenden Finanzierbarkeit ab. Der Eigenanteil des Kreises würde mindestens ¼ Million € betragen. Nach Wegfall der Anschubfinanzierung des Landes müssten die Kommunen die komplette finanzielle Last tragen.

Kreistagsabgeordneter Schöning regt an, über eine Bürgerbus-Alternative nachzudenken. So würden die Kosten nur dort anfallen, wo auch der Nutzen entstehe, vor Ort. Jede Kommune könne dann selbst entscheiden, ob sie sich ein Bürgerbussystem leisten wolle oder nicht. Bei der Einführung eines Sozialtickets müssten nach seiner Ansicht auch die Personen mit einem dem bisherigen Berechtigtenkreis vergleichbaren Einkommen davon profitieren.

Für die Einführung plädiert hingegen Kreistagsmitglied Mazur. Tatsächliche Zahlen zur Inanspruchnahme könnten nur durch die Einführung gewonnen werden. Für die Betroffenen bedeute dies eine große Unterstützung ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Auch Kreistagsabgeordneter Eisele bedauert, dass die Tarifkommission die seit Jahren bestehende Forderung nach der Aushandlung eines eigenständigen Tarifs nicht erfüllt habe. Er zeigt sich erstaunt, warum die Stadt Bocholt das Sozialticket einführen werde und der Kreis nicht und kündigt an, auch in 2012 das Thema Sozialticket wieder ansprechen zu wollen.

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn erklärt, der Vorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen. In der Arbeitsgruppe ÖPNV habe man sich auf eine angestrebte münsterlandweite Lösung geeinigt. Dies sei offenbar nicht möglich gewesen.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick kündigt an, das Thema Sozialticket im nächsten Jahr weiterzuverfolgen und entsprechende Gespräche mit der Tarifkommission zu führen. Eine

Einführung des Sozialtickets in 2012 sei unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht sinnvoll umsetzbar.

Beschluss: 36 Ja-Stimmen
19 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Einführung eines Sozialtickets wird abgelehnt.

**Punkt 11: Einrichtung eines Aufbaubildungsganges "Betriebswirtschaft für Techniker" am Berufskolleg Bocholt-West
Vorlage: 0304/2011**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Vorbehaltlich der schulfachlichen Genehmigung wird zum Schuljahr 2012/2013 (2. Schulhalbjahr) am Berufskolleg Bocholt-West ein Aufbaubildungsgang „Betriebswirtschaft für Techniker“ eingerichtet.

Punkt 12: Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe
1. Bericht zur Umsetzung
2. Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe
3. Verwaltungskosten für die Erbringung von Bildungs- und Teilhabeleistungen
4. Berechnung zur Verteilung der Finanzmittel an die kreisangehörigen Städte/Gemeinden
Vorlage: 0268/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Bericht zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen. Der Weitergabe der Finanzmittel für Schulsozialarbeit und der Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe wird zugestimmt. Über die Umsetzung wird berichtet.

Punkt 13: Erlass einer Delegationssatzung über die Durchführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für kinderzuschlags- und wohngeldberechtigte Kinder
Vorlage: 0270/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Durchführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für kinderzuschlags- und wohngeldberechtigte Kinder.

Punkt 14: Änderungen der Delegationssatzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Borken
Vorlage: 0271/2011

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung vom 20.01.2005 über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII.

Punkt 15: Änderung der Satzung über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Kreis Borken
Vorlage: 0272/2011

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung vom 17.11.2006 über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

Punkt 16: Energieautarkie für den Kreis Borken
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.11.2011
Vorlage: 0319/2011

Beschluss: einstimmig

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2011 zum Beratungsgegenstand Energieautarkie für den Kreis Borken wird an den Ausschuss für Umwelt verwiesen.

Punkt 17: Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei der Verkehrswegebewirtschaftung
Vorlage: 0322/2011

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Kersting

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Lindenhahn, warum der Kreis Borken den Bau der K55n bezahle, erklärt Ltd. Kreisbaudirektor Grothues, dass der Kreis Borken Träger der Baumaßnahme sei und die finanzielle Abwicklung des Projekts über den Kreishaushalt laufe. Dieser werde aber nicht belastet, da 40% der Kosten von der Kommune und 60% vom Land getragen würden.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag genehmigt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung von 1,5 Mio. EUR für den Neubau der Kreisstraße K 55n. Diese wird gedeckt durch die nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe bei der Position „Neue Maßnahmen“.

Punkt 18: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 18.1: Aktueller Sachstand zum Thema "Fracking"

Landrat Dr. Zwicker berichtet, dass die NRW-Landesregierung vorerst alle Bohrungen sowie direkte und indirekte Vorbereitungen für Bohrungen mit der umstrittenen Fracking-Methode bis zur Vorlage eines Gutachtens zu den langfristigen Folgen für Mensch und Umwelt gestoppt habe.

Punkt 18.2: Termin Neujahrsempfang

Landrat Dr. Zwicker teilt mit, die Stadt Borken richte den Neujahrsempfang 2012 am Sonntag, 15.01.2012, ab 10.30 Uhr aus.

Punkt 18.3: Mittelabruf für das Konjunkturprogramm II

Landrat Dr. Zwicker informiert, dass mit den jetzt erfolgten Mittelabrufen für das Konjunkturprogramm II das Programm für den Kreis Borken abgeschlossen sei. Die gesamte Fördersumme von 9.939.404 Euro hätte in Anspruch genommen werden können. Soweit in Einzelfällen Eigenmittel darüber hinaus erforderlich waren, hätten sie aus bestehenden Ermächtigungen des Haushalts finanziert werden können. Es wurden 14 Maßnahmen abgewickelt, davon eine Maßnahme im Bereich Infrastruktur (Breitbandförderung, ca. 2,3 Mio. Euro) und die übrigen im Bereich Bildung. Drei Maßnahmen waren hiervon Förderungen von Dritten als Träger von Bildungseinrichtungen. Im nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen werde die Abwicklung detailliert dargestellt.

Punkt 19: Anfragen

Punkt 19.1: Wahlverhalten Kindertagesstättenplätze

Kreistagsabgeordneter Schöning fragt nach, warum Eltern, die ihre Kinder für 45 Stunden wöchentlich in einer Kindertageseinrichtung unterbringen möchten, einen Fragebogen ausfüllen müssen, in dem sie ihre Gründe für diese Stundenzahl angeben müssen und anschließend eine „Genehmigung“ erfolge.

Das angesprochene Verfahren begründe sich durch ein verändertes Wahlverhalten der Eltern seit Einführung des beitragsfreien Kindergartenjahres, antwortet Kreisdirektor Dr. Hörster. Das Land habe die Zuschüsse für die Betriebskosten gedeckelt, sodass nicht so viele 45 Stunden Plätze zur Verfügung gestellt werden könnten wie aktuell nachgefragt. Er sagt zu, im Protokoll eine detaillierte Erklärung zu geben.

Landrat Dr. Zwicker regt an, dieses Thema im Fachausschuss anzusprechen.

Ergänzung der Verwaltung: Der Kreis Borken als örtliches Jugendamt hat nach § 19 Abs. 3 KiBiz sicherzustellen, dass im Kindergartenjahr 2012/13 die Zahl der über 3jährigen Kinder, die eine wöchentliche Betreuungszeit von bis zu 45 Stunden wünschen, nicht um mehr als 4 % höher liegt als im Kindergartenjahr 2011/12. Darüber hinausgehende Überschreitungen kann das Familienministerium in Düsseldorf nur in begründeten Einzelfällen zulassen. In einigen Kindertageseinrichtungen ist die prozentuale Steigerung der 45-Stundenbuchungen größer als 4 %. In diesen Fällen kann der Betreuungswunsch nur erfüllt werden, wenn das Ministerium die Überschreitung zulässt. Um dies zu beantragen, werden die betreffenden Eltern gebeten, einen entsprechenden Fragebogen auszufüllen. Für Ausnahmeanträge müssen z.B. Arbeitgeberbescheinigungen, die berufsbedingten Abwesenheitszeiten darstellen, vorgelegt werden. In der Jugendamtsleitertagung am 18.11.2011 ist dieses Vorgehen kreisweit einheitlich zwischen den 5 Jugendämtern im Kreis vereinbart worden. Der diesbezügliche Ausnahmeantrag des Kreisjugendamtes an das Landesfamilienministerium ist als Anlage beigefügt (Anlage 4).

Ende des öffentlichen Teils

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.



Dr. Kai Zwicker



Anne-Katrin Schlüter